Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 23 | München / 5. Jahrgang | 7. Juni 1918

Goldschieberprozeß.

Die Strafsache, die in den letzten Wochen in München zur Verhandlung kam, hat seit geraumer Zeit die Gemüter erhitzt. Man munkelte von großen Goldgeschäften, die von einer gutorganisierten Gesellschaft mit dem Auslande abgeschlossen worden seien. Eine besonders pikante Note erhielt diese Angelegenheit dadurch, daß sämtliche Angeklagten Juden waren. Nunmehr ist diese Strafsache zur Verhandlung gekommen, und es hat sich herausgestellt, daß es sich keineswegs um große Transaktionen mit dem Auslande, sondern um ziemlich geringfügige Goldver- und ankäufe im Inlande und im besetzten Gebiet handelt, durch die sich die Angeklagten wenig bedeutende Vermögensvorteile verschafften. Daß diese Affäre, die an sich nicht belangreicher ist als irgendeiner jener zahllosen Verstöße gegen die behördlichen Vorschriften, die täglich begangen werden, mehr Staub aufgewirbelt hat, steht sicherlich damit im Zusammenhang, daß es sich eben um Juden, und zwar vorwiegend um eingewanderte Juden handelt. Gewisse Kreise hätten diesen Fall gar zu gern zu einem Schulbeispiel für die verbrecherische, hochverräterische Gesinnung der jüdischen Einwanderer gemacht, und die alten Phrasen von der „wirtschaftlichen Unterdrückung des deutschen Volkes durch die Fremdstämmigen" und der „Vergiftung der deutschen Volksseele" wurden schon gezückt.

Aus der Verhandlung sind nun freilich die Angeklagten nicht gerade als untadelige und zuverlässige Geschäftsleute hervorgegangen, aber es hat sich doch herausgestellt, daß ihre Verfehlungen nicht allzu groß sind, verglichen mit der Schwere der Versuchungen, die an sie herantraten. Und wer sich zu einer Wiederholung der alten Phrase von der „Vergiftung usw...." veranlaßt fühlt, der prüfe zuvor recht genau, welcher Quelle die Versuchungen der die meisten der jüdischen Goldhändler erlegen sind, entsprangen.

Es ist von größter Bedeutung, sich klarzumachen, daß der größte Teil des gehandelten Goldes nach dem besetzten Gebiet im Osten gegangen ist. Verständlich wird diese Erscheinung erst dann, wenn man sich klarmacht, daß von der dortigen Bevölkerung für zahlreiche Dinge, z. B. die Ausstellung gewisser Dokumente, die Lieferung von Mazzoth zum Pessachfest usw. die Bezahlung nach wie vor in Goldmünzen verlangt wird. Ja, wer von der „Vergiftung der deutschen Volksseele" zu sprechen gesonnen ist, der unterrichte sich über die Preise, die heute in Litauen von denselben Kreisen, die eifrig über Ordnung und Recht wachen, der Bevölkerung für Goldmünzen angeboten werden. Wenn man sich dann klarmacht, daß die Angeklagten Verwandte und Freunde haben, die von jener Forderung nach Gold betroffen werden, so gewinnt die Frage, wer letzten Endes der Schuldige ist, ein ganz anderes Gesicht.

Es ist nicht unser Wunsch, Juden, die gegen das deutsche Staatsgesetz verstoßen, als unschuldsvolle Engel hinzustellen; wir sind und bleiben der Meinung, daß der Jude — nicht aus Furcht vor dem Antisemitismus oder aus der Pflicht irgendeiner Dankbarkeit, sondern aus der Verpflichtung seines uralten geistigen Adels heraus — in jeder Beziehung sittenstrenger leben sollte als irgendein andrer Mensch. Aber es erscheint uns doch notwendig zu betonen, daß dieses Häuflein Ostjuden, das da auf der Anklagebank saß, nicht eine Sippschaft von Schwerverbrechern war, sondern eine Schar von Menschen, die unter dem Druck einer großen Versuchung einen verhältnismäßig kleinen Schritt vom Wege getan hatte.

Das zu betonen erscheint uns wesentlich nicht so sehr im Hinblick auf Vorwürfe von antisemitischer Seite, sondern auf das Verhalten weiter jüdischer Kreise. Die Mehrzahl der jüdischen Staatsbürger des Deutschen Reiches glaubt, die Ehre des Judentums damit retten zu müssen, daß sie mit einem hörbaren Ruck von jedem armen Teufel ihres Stammes abrückt, der sich eine Verfehlung zuschulden kommen läßt, daß sie ihn noch tapferer schmält als irgendein Antisemit es tun würde. Dieses Verfahren entspringt nicht so sehr einem besonders tiefen Groll gegen das Unrecht an sich, sondern vielmehr der Angst vor den Antisemiten, die etwa glauben könnten, zwischen diesen Moralfanatikern und den verirrten armen Teufeln bestände irgendein innerer Zusammenhang. Das Schauspiel der Verurteilung eines Juden löst bei ihnen nur die „Furcht" aus, während die andere Wirkung, die durch tragische Ereignisse hervorgerufen werden sollte, das „Mitleid" in ihnen nicht erwacht. Und doch wäre dieses Mitleid gegenüber denen, die der Versuchung zu einer Verletzung des Staatsgesetzes erliegen, sehr am Platze und würde vielleicht zu der Erwägung hinleiten, daß auch die Moralfanatiker selbst in einem gewissen Maße an dem Unrecht des armen Teufels mitschuldig sind.

Diese Mitschuld besteht darin, daß dem eingewanderten Ostjuden in der Gemeinde und in der jüdischen Gesellschaft der Stadt, in der er sich niedergelassen hat, von vornherein eine Pariastellung zugewiesen wurde. Man hat sich weder um seine religiösen noch um seine sozialen Bedürfnisse ausreichend gekümmert, hat sich um die Bildung und Erziehung seiner Kinder keine Sorgen gemacht, hat ihn vielerorts von der Mitarbeit an den Gemeindeaufgaben grundsätzlich ausgeschlos-

sen und niemals daran gedacht, ihm die Kreise der ansässigen jüdischen Gesellschaft zu erschließen. Das einzige was man für ihn tat, war, daß man ihm hier und da einen Brocken beschämender „Wohltätigkeit" zuwarf.

Daß die auf diese Weise von der „besseren jüdischen Gesellschaft" Isolierten, die selbstverständlich zu den nichtjüdischen Kreisen noch weniger Beziehungen gewannen, auf den Gedanken kommen, sich oder ihren Kindern durch Reichwerden á tout prix gesellschaftliche Geltung zu erringen, und daß sie, die aus den allzu häufig korrumpierten Verhältnissen des Ostens stammen und keine Gelegenheit haben, sich persönlich davon zu überzeugen, daß zur gesellschaftlichen Geltung auch Gesinnung gehört, nicht immer skrupellos in der Wahl ihrer Mittel sind (besonders wenn, wie gesagt, die Geschäftsgebarung ihrer Umwelt häufig starke Verlockungen für sie bietet!), sollte eigentlich in einem menschlich Empfindenden noch andere Gefühle als das der Verachtung erwecken. Statt dessen sind aber die Westjuden, die durch ihren Mangel an Verantwortlichkeits- und Mitgefühl für den Eingewanderten eine schwere Unterlassungssünde begangen haben, gewöhnlich die, welche den ersten Stein aufheben.

Diese Erscheinung hat sich auch im vorliegenden Falle gezeigt: die tiefste Entrüstung über dieses Häuflein Ostjuden, die den Goldforderungen im besetzten Gebiet entsprechen wollten, zeigten ihre jüdischen Stammesgenossen. Und es wäre für diese doch so leicht gewesen, aus dieser Angelegenheit eine ganz andere Lehre zu ziehen: daß es nämlich Pflicht der Westjuden ist, den Rechtssinn und das Ehrgefühl der Eingewanderten dadurch stark zu erhalten, daß sie ihnen die Möglichkeit geben, sich in die westjüdische Gesellschaft einzugliedern, daß sie ihnen das gewähren, was sie selbst gegenüber der deutschen Gesellschaft erstreben: Gleichberechtigung. H. H. C.

Eine Erklärung der italienischen Regierung zu Gunsten der Zionisten.

Der italienische Botschafter in London hat Herrn Nahum Sokolow folgende Erklärung übermittelt:

„Im Auftrage Sr. Exzellenz des Barons Sonnino, des Ministers des Auswärtigen Seiner Majestät, habe ich die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Regierung Seiner Majestät die Erklärung bestätigt, die durch ihre Vertreter in Washington, Haag und Saloniki bereits abgegeben wurde: daß sie nämlich alle Anstrengungen machen wird, um die Errichtung eines jüdisch-nationalen Zentrums in Palästina zu erleichtern, wobei verstanden werde, daß dies die rechtliche und politische Lage, die die Juden in allen Ländern genießen, in keiner Weise beeinträchtigen wird."

Das „Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisation" hat aus Anlaß der Veröffentlichung dieser italienischen Regierungserklärung zugunsten des Zionismus folgendes Telegramm an die italienische Zionistenföderation gerichtet:

„Wir beglückwünschen Sie aufs wärmste anläßlich der vom iatlienischen Botschafter in London soeben mitgeteilten offiziellen Versicherung der italienischen Regierung, daß sie ihr Bestes tun wird, um die Errichtung eines jüdisch-nationalen Zentrums in Palästina zu erleichtern. Wir begrüßen es mit dankbarer Genugtuung, daß Italien, das seiner jüdischen Bevölkerung von jeher vollständige

Freiheit und Gleichberechtigung nicht nur im Gesetz, sondern auch tatsächlich gewährt hat, nunmehr auch den zionistischen Zielen seine Förderung verheißt, deren vollständige Verwirklichung mit Zustimmung aller Völker und Regierungen das jüdische Volk in naher Zukunft zu erleben hofft. Jacobson."

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.[1]

I. Die bisherige Entwicklung.

In den letzten Jahren vor dem Kriege hat sich in denjenigen jüdischen Kreisen, die einen tieferen Einblick in die Organisation der jüdischen Wohlfahrtspflege gewonnen hatten, die Auffassung durchgerungen, daß es erforderlich sei, durch straffe Zusammenfassung der zahlreichen, auf sozialem Gebiet tätigen jüdischen Kräfte in wirksamerer Weise, als es bislang geschehen war, die Aufgaben, die der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland zufallen, zu lösen. Der allgemeine volkswirtschaftliche Grundsatz, daß auch auf sozialem Gebiet die vorhandenen Mittel am zweckmäßigsten ausgenützt werden müssen, der in der interkonfessionellen Wohlfahrtspflege schon längst galt, sowie die Erkenntnis, daß der Geist moderner Ideen auch das jüdische Wohlfahrtswesen zu erfüllen habe, durchdrang immer weitere jüdische Kreise.

Es war daher kein Zufall, daß an die Großloge für Deutschland sowohl als an den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund von Einzelnen und von Gemeinden die Aufforderung gerichtet wurde, eine Zentralstelle für die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland zu schaffen. Noch stärker aber wurde das Interesse an der zeitgemäßen Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege im Kriege, als man zu der Überzeugung kam, daß die großen Anforderungen, welche die Not des Krieges an die soziale Hilfstätigkeit stellt und die durch den Krieg verursachten Schäden nach Beendigung des Krieges stellen werden, die schnellste Vereinigung der zahlreichen jüdischen sozialen und Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland erforderlich machen.

Den Gedanken des Zusammenschlusses zum treffenden Ausdruck zu bringen, war der Generalversammlung des Verbandes für jüdische Wohlfahrtspflege in Groß-Berlin am 30. April 1917 vorbehalten, in welcher nach einem Vortrage von Herrn Magistrats-Assessor Dr. Ollendorff-Breslau über „Wege und Ziele jüdischer Wohl-

[1]) Das noch junge Institut, das dankenswerte Reformen in der jüdischen Wohlfahrtsarbeit erstrebt, stellt uns den nachstehenden Bericht über seine Ziele und Arbeiten zur Verfügung.

fahrtspflege“ einstimmig die Entschließung angenommen wurde, daß der Verband für jüdische Wohlfahrtspflege in Groß-Berlin Schritte unternehmen solle, um die Zentralisierung der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland so schnell wie irgend möglich in die Wege zu leiten. Mit Eifer widmete sich der Verband dieser wichtigen Aufgabe und gewann rasch die Unterstützung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, der Großloge für Deutschland und des Jüdischen Frauenbundes, dessen Vorsitzende, Frl. Bertha Pappenheim-Frankfurt a. M., einige Monate vorher bereits in einem Aufsatz, betitelt „Weh dem, dessen Gewissen schläft“, die schweren Mißstände, die dem Nebeneinanderarbeiten der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland anhaften, gegeißelt hatte.

Ein kleiner Ausschuß, bestehend aus Vertretern der genannten Verbände, unter Hinzuziehung eines Mitglieds des Bureaus für Statistik der Juden, entwarf einen Aufruf, gerichtet an die Gemeinden, Logen und Ortsgruppen des Jüdischen Frauenbundes, in welchem die zwingende Notwendigkeit für die Zusammenfassung dargelegt und ein scharf umrissenes Arbeitsgebiet der jüdischen Öffentlichkeit unterbreitet wurde.

Am 9. September 1917 fand eine aus allen Teilen Deutschlands zahlreich besuchte Versammlung im Plenarsaal der Jüdischen Gemeinde zu Berlin unter Leitung des Vorsitzenden des Verbandes für jüdische Wohlfahrtspflege in Groß-Berlin, des Herrn Eugen Caspary, statt, in welcher nach einem Referat von Herrn San.-Rat Dr. Feilchenfeld von den Vorsitzenden der drei an der Gründung beteiligten Organisationen, Herrn Geh. Justizrat Timendorfer, Herrn Professor Kalischer und Frl. Bertha Pappenheim, die Bereitwilligkeit der von ihnen vertretenen Organisationen ausgesprochen wurde, alle Kräfte für die Zentralisierung der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland einzusetzen.

In der Folgezeit wurde eine Reihe von Persönlichkeiten, die seit vielen Jahren im jüdischen öffentlichen Leben stehen und sich insbesondere mit jüdischer Wohlfahrtspflege befassen, zum Eintritt in den Verwaltungsrat der zu schaffenden Organisation gewonnen und ein Satzungsentwurf fertiggestellt.

Der in der ersten Verwaltungsratssitzung am 25. November 1917 provisorisch gewählte Vorstand bereitete die erste gemeinschaftliche Tagung von Vorstand und Verwaltungsrat vor, die den Zweck haben sollte, die Konstituierung der Zentralwohlfahrtsstelle herbeizuführen, den Arbeitsplan zu genehmigen und einige praktische Aufgaben, deren schnelle Durchführung im Interesse der deutschen Judenheit erforderlich ist, an der Hand von Referaten von sachkundigen Persönlichkeiten durchzuberaten. Dieses Ziel ist in der Sitzung vom 3. Februar 1918 erreicht worden, indem die Satzungen mit einigen Abänderungen angenommen, der Vorstand endgültig gewählt und zur Ausführung der beschlossenen Aufgaben Kommissionen eingesetzt worden sind.

II. Innerer Aufbau.

Es besteht ein Vorstand, der satzungsgemäß die Aufgabe hat, diejenigen Angelegenheiten der Zentralwohlfahrtsstelle zu besorgen, welche nicht den Verwaltungsrat oder der Mitgliederversammlung übertragen sind. Er beruft die Sitzungen dieser Organe ein und führt ihre Beschlüsse aus.

Das zweite Organ bildet der Verwaltungsrat, der aus mindestens 30 Personen bestehen soll. Er wählt den Vorstand. Sein Aufgabenkreis umfaßt alle grundlegenden in der Zentralwohlfahrtsstelle zur Bearbeitung kommenden Fragen, so insbesondere Kinderfürsorge und Jugendpflege, Krankenpflege, Bevölkerungsfragen u. a. Gemeinsam mit dem Vorstand werden alle wichtigen Fragen beraten und Beschlüsse herbeigeführt, soweit nicht die Entscheidung der Mitgliederversammlung zusteht. Im einzelnen fällt den Mitgliedern des Verwaltungsrates die Mitwirkung bei der dezentralisierten Ausführung von Anregungen und Aufgaben im Lande zu.

Das dritte ordentliche Organ ist die Mitgliederversammlung, die alljährlich einmal zusammentreten soll. Ihr obliegt es, die Jahresrechnung zu genehmigen, dem Vorstand Entlastung zu erteilen, Beschlüsse über die auf der Tagesordnung stehenden Anträge zu fassen und den Verwaltungsrat zu wählen.

Neben diesen durch die Satzung bestimmten Organen bestehen eine Reihe wichtiger Kommissionen, welche die Durchführung einzelner Aufgaben in die Hand nehmen sollen. Vor allem ist ein Arbeits-Ausschuß geschaffen worden, bestehend aus Vertretern von Vorstand und Verwaltungsrat, welcher ein Bindeglied zwischen den beiden Körperschaften sein soll. Seine Aufgabe ist es, alle Angelegenheiten, die zur Entscheidung an den Vorstand oder Verwaltungsrat gelangen, sorgfältig vorzubereiten und Anregungen zu geben. Er soll ständig über die gesamte Tätigkeit der Zentralwohlfahrtsstelle unterrichtet werden. Ferner bestehen bisher eine Finanzkommission, eine Kommission zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Zentralisierung

der Wohlfahrtspflege in größeren Gemeinden und Bundesstaaten, eine Kommission zur Schaffung von Sammelvormundschaften in den hiefür geeigneten Orten nach dem Muster der Sammelvormundschaft in Berlin und Frankfurt a. M., sowie eine Waisenkommission, welche sämtliche jüdische Waisenanstalten, Vereinigungen und Stiftungen, die sich mit Waisenpflege befassen, in einem Verband zusammenschließen soll. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Dr. Segall, das Bureau befindet sich in Berlin W. 35, Steglitzerstr. 9 II.

III. Darstellung des Zweckes der Zentralwohlfahrtsstelle.

Bei der neu gegründeten Organisation handelt es sich in erster Linie darum, in völliger Neutralität gegenüber allen religiösen Richtungen und politischen Strömungen im Judentum unter Ausschluß aller Erwerbsinteressen und politischen Ziele die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland einheitlich auszugestalten, die im Deutschen Reiche bestehenden örtlichen jüdischen Wohlfahrtsvereinigungen, Stiftungen und sozialen Einrichtungen unter Wahrung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben in Provinzial- bezw. Landesvereinigungen zusammenzufassen, die in die Zentrale münden sollen, sie in ihrer Entwicklung und ihrem Zusammenschluß zu Zweckverbänden zu unterstützen, die Begründung neuer Einrichtungen im Falle eines Bedürfnisses herbeizuführen und einer nachteiligen Zersplitterung der Kräfte entgegenzuarbeiten. Sie will die Weiterbildung des jüdischen Wohlfahrtswesens im Geiste jüdischer Auffassung und des sozialen Fortschrittes herbeiführen. Diese Zwecke sucht die Zentralwohlfahrtsstelle insbesondere zu erreichen durch:

a) Zusammenschluß der jüdischen Wohlfahrtspflege in allen Gemeinden Deutschlands, Zusammenarbeiten mit den Gemeinden, Schaffung von Provinzial- bezw. Landesverbänden,

b) Regelung des Verkehrs zwischen den örtlichen, den Provinzial- und Landesverbänden sowie der Zentralstelle,

c) die Vertretung der Mitglieder der Zentralwohlfahrtsstelle im Verkehr mit den Behörden und den Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrtspflege in Fragen, die in das Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege gehören,

d) Gründung von Verbänden solcher Vereine, Stiftungen und Einrichtungen im ganzen Reiche, die gleichen oder verwandten Zwecken dienen,

e) Schaffung eines Nachrichtenblattes für die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge in Deutschland,

f) Sammlung des gesamten Materials. Einrichtung einer Auskunfts- und Beratungsstelle über Wohlfahrtseinrichtungen sowie Anregung zur Errichtung neuer Einrichtungen, Stiftungen und Anstalten,

g) Einberufung von Zusammenkünften zur Besprechung über grundlegende Fragen der jüdischen Wohlfahrtspflege, Anregung und Förderung theoretischer und praktischer sozialer Studien und Arbeiten,

h) Veranstaltung von Lehrgängen über zeitgemäße Wohlfahrtspflege.

IV. Skizzierung des Arbeitsplanes.

Auf Grund dieses satzungsmäßig vorgesehenen Arbeitsbereichs baut sich der Arbeitsplan auf, dessen Ausführung in der nächsten Zeit der Zentral-

wohlfahrtsstelle obliegt. Es handelt sich um zwei große, ihrem Wesen nach voneinander getrennte Arbeitsgebiete und zwar um organisatorische Maßnahmen und praktische Aufgaben. Es muß das Fundament errichtet werden, auf welchem sich die Zentralwirtschaftsstelle aufbauen soll. Zu diesem Zweck ist es nötig, dort, wo nicht bereits Landesorganisationen bestehen oder begründet werden, wie in Baden und Württemberg, zunächst die Gemeinden, und zwar der Reihe nach die großen, die mittleren und dann die kleinen Gemeinden als Mitglieder zu gewinnen, denn sie sind in erster Linie dazu berufen, als Träger der Wohlfahrtseinrichtungen die Anregungen der Zentralwohlfahrtsstelle zu verwerten und bei der Ausführung der als notwendig erkannten Maßnahmen mitzuwirken.

Wenn dieses Ziel erreicht ist, dann soll an den Zusammenschluß der Wohlfahrtseinrichtungen herangetreten werden und endlich an die Zusammenfassung der örtlichen Zentralen zu Provinzial- bezw. Landesverbänden. Die kleineren und kleinsten Gemeinden, die nicht selbständige Mitglieder der Zentrale werden können, sollen sich möglichst zu Verbänden zusammenschließen, um gemeinsam eine Vertretung in der Zentrale zu erlangen. Alle Anregungen aber, die von der Zentrale ausgehen, werden sämtlichen Gemeinden, ohne Unterschied ihrer Größe, in gleicher Weise übermittelt. Eine der wichtigsten Anregungen ist, daraufhin zu wirken, daß alle interessierten Persönlichkeiten zur Mitarbeit gewonnen werden und daß in den Leitungen von Wohlfahrtseinrichtungen in den Gemeinden, vor allem in den Zentralen, die Frauen in gleicher Weise wie die Männer zur Führung herangezogen werden. Eine weitere organisatorische Aufgabe soll darin bestehen, Zweckverbände ins Leben zu rufen, so einen Zweckverband der Waisenhäuser, Krankenhäuser, Altersversorgungs-Anstalten, Unterrichts-Anstalten, Stipendienstiftungen und der Brautausstattungsvereine — und Legate.

Neben diesen organisatorischen Maßnahmen kommen eine ganze Reihe wichtiger praktischer Arbeiten in Frage, die bald in Angriff zu nehmen sind, und zwar die Kinderfürsorge und im Anschluß daran die gesamte Waisenfürsorge, Jugendpflege, die Überführung in geeignete Berufe, Einrichtung einer obersten Auskunftsstelle über alle offenen und gesuchten Stellen für Unterbringung von Kindern, Kranken u. a. Vermittlung von Adoptionen, die Schaffung eines eignen Heims für gefährdete und schwer erziehbare Knaben, die Schaffung von Lungenheilstätten insbesondere für Kinder, von Krüppel- und Heilpflege-Anstalten u. a. m.

V. Gegenwärtige Tätigkeit.

Die Durchführung einzelner der soeben angeführten Aufgaben ist bereits in die Wege geleitet.

Die Zentralwohlfahrtsstelle ist bemüht, die jüdischen Gemeinden von der Notwendigkeit des Anschlusses zu überzeugen und zu Mitgliedern zu gewinnen. Es ist mit Befriedigung festzustellen, daß bereits ein Landesverband für jüdische Wohlfahrtspflege in Baden geschaffen ist, und in allernächster Zeit in Württemberg ebenfalls ein Landesverband begründet werden wird, daß ferner örtliche Zentralen in Barmen, Elberfeld und Wiesbaden eingerichtet werden. Auf Grundlage des reich vorhandenen Materials, das über die bereits bestehenden örtlichen Zentralen existiert, werden von einer besonderen Kommission allgemeine Richtlinien entworfen, die bei der Schaffung solcher Einrichtungen in den größeren Gemeinden als Wegweiser dienen können.

Um die wichtige Aufgabe zu erfüllen, Auskunfts- und Beratungsstelle über alle jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland zu werden, ist die Zentralwohlfahrtsstelle bemüht, ein umfassendes Archiv anzulegen und das reichhaltige Material, das uns von dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund und dem Bureau für Statistik der Juden zur Verfügung gestellt wurde, nach Möglichkeit zu ergänzen. Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Zentrale, eine sorgfältig ausgearbeitete Kartothek anzulegen, damit man jederzeit über alles, was auf dem Gebiet jüdischer Wohlfahrtspflege in Deutschland geschieht, auf dem Laufenden ist und möglichst schnell erschöpfende Auskunft erteilt werden kann.

Endlich sei noch zum Schlusse erwähnt, daß die Zentralwohlfahrtsstelle in diesem Jahre es übernommen hat, gemeinsam mit dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund und der Kriegshilfs-Kommission der jüdischen Gemeinde in Berlin für die Unterbringung jüdischer Stadtkinder auf dem Lande tätig zu sein.

VI. Notwendigkeit der Mitarbeit der Gemeinden.

Zur Durchführung ihrer Aufgaben ist die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden auf die tatkräftige Mitwirkung der Gemeinden angewiesen. Sie sollen das machtvolle Fundament bilden, auf der sie sich aufbaut, denn sie sind die Träger des Wohlfahrtsgedankens und der praktischen Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich. Sie sind auch in der Lage, kraft ihrer Autorität die als notwendig erkannten Reformen durchzuführen und an die Stelle des systemlosen Nebeneinanderarbeitens der einzelnen Anstalten, Vereine und Stiftungen ein systematisches Zusammenarbeiten zu setzen.

Darum ergeht unsere Aufforderung an die jüdischen Gemeinden, sich der Zentralwohlfahrtsstelle als Mitglieder anzuschließen und sie so in den Stand zu setzen, schnell, zielbewußt und mit allen Kräften gründliche Arbeit zu leisten. Schnell muß die Arbeit geleistet werden angesichts der schweren Gefahren, welche der deutschen Judenheit von inneren und äußeren Feinden drohen, und mit eigenen Kräften muß die Arbeit geleistet werden, eingedenk des Wortes unserer Weisen: „Wenn wir nicht für uns sind, wer ist für uns, und wenn nicht jetzt, wann denn?".



Welt-Echo

Not in Palästina. Die Fortdauer des Krieges und die dauernden Kämpfe in Palästina lassen die Not und das Elend der jüdischen Bevölkerung Palästinas in furchtbarem Maße wachsen. In Safed, Tiberias und den nahen Orten, wo sich die Evakuierten in trostlosen Verhältnissen aufhalten, sind die Preise für Brot und den allernotwendigsten Lebensunterhalt schon auf schwindelnder Höhe angelangt und selbst für die Wohlhabenderen kaum zu erschwingen.

Das Hilfswerk für Palästina, das bekanntlich aus einer Reihe von deutsch-jüdischen Organisationen gebildet worden ist und eine großzügige Hilfsaktion durchführt, wendet sich wiederum an die deutschen Juden mit dem dringenden Appell, der Bevölkerung Palästinas beizustehen und ihre Not lindern zu helfen.

Sammlungen und Einzelspenden sind an das Hilfswerk für Palästina, Berlin W. 15, Postscheckkonto Berlin 4192, Bankkonto: Nationalbank für Deutschland, Depositenkasse Kürfürstendamm 211, abzuführen.

Eine jüdische medizinische Expedition für Palästina. Aus London wird dem Jüdischen Korrespondenzbureau berichtet: Eine jüdische medizinische Expedition begibt sich demnächst aus New York nach Palästina. Die Expedition besteht aus einem medizinischen Leiter, fünfzehn Ärzten, fünfzehn Krankenschwestern und aus einem Stab von Pharmazeuten, Zahnärzten und Mechanikern. Die britischen Militärbehörden in Jerusalem haben der Expedition, der sich in Palästina lebende Ärzte anschließen werden, ein Hospital zur Verfügung gestellt. Die Expedition, die eine Schule für Krankenschwestern und ein fliegendes Hospital in Palästina zu eröffnen gedenkt, führt Medikamente und chirurgische Instrumente im Werte von 40 000 $ mit. Sie verfügt schon jetzt über zweihunderttausend Dollars, die ihr Jahresbudget bildet.

Mohamedaner und Juden in Palästina. Nach einer Londoner Meldung des Jüdischen Korrespondenzbureaus im Haag haben einige in England wohnhafte Mohamedaner Minister Balfour eine Denkschrift überreicht, worin sie den Empfindungen der Mohamedaner in Bezug auf die Zukunft Palästinas und besonders mit Rücksicht auf die britische Regierungserklärung Ausdruck geben. In der Denkschrift heißt es u. a.: „Die Juden hätten kein Recht auf das Land, dessen sie sich durch Raub bemächtigt hätten. Die Juden seien stets gut behandelt worden und oft besser als in christlichen Ländern; aber ein jüdisches Palästina sei gefährlich, weil die Juden doch, wie bekannt, Ausbeuter wären, und ein friedliches Leben unmöglich machen würden. Ein freies selbständiges Palästina dürfe nur ein mohamedanischer Staat sein."

Dieser Denkschrift wird in maßgebenden Kreisen keine Bedeutung zugeschrieben, da sie von einigen wenigen Personen herrührt, die ohne jedes Mandat „den Empfindungen der Mohamedaner" Ausdruck gegeben haben. Auf dem großen Meeting im Londoner Opernhouse im Dezember v. J., wo der englischen Regierung für ihre Erklärung gedankt wurde, waren auch Vertreter der Araber und der Armenier erschienen, die ihrer großen Freude über die Erklärung Ausdruck gaben. Sokolow war berechtigt von einer Entente Cordiale zwischen Arabern, Armeniern und Juden Mitteilung zu machen. Von noch größerer Bedeutung ist der Empfang, der Dr. Weizmann in Palästina bereitet wurde, an dem befugte mohamedanische Vertreter teilnahmen. In seiner Rede gab der Mufti seiner Freude darüber Ausdruck, mit den Zionisten an einem schönen und großen Palästina, zum Wohle beider Völker arbeiten zu können.

Zwei palästinensische Juden hingerichtet. Das Jüdische Korrespondenzbureau in Bern berichtet: Laut Mitteilung des Stockholmer Jüdischen Preßbureaus sind die im Herbst 1917 vom Militärgericht in Damaskus zum Tode verurteilten palästinensischen Juden Lichansky und Belkind hingerichtet worden. Alle Bemühungen, ihr Leben zu retten, waren vergeblich. Die Verurteilung war, auf Grund eines inquisitorischen Verfahrens erfolgt. Von Belkind wurde durch Tortur ein Bekenntnis erpreßt, daß er, Lichansky und andere Spionage zugunsten Englands getrieben hätten. Die Hinrichtung kommt um so überraschender, als die Begnadigung der Verurteilten von türkischer Seite in Aussicht gestellt worden war.

Vom Jüdischen Nationalfonds. In Galiläa nimmt die Not unter den Flüchtlingen erschreckende Formen an. Man zahlt für ein Kilogramm Getreide einen Goldfrank. Die dortigen Farmen des JNF Merhawjah, Daganiah und Kinereth vermögen für die etwa 4000 Flüchtlinge nur einen Teil des Getreidebedarfes zu decken. Das Flüchtlingskomitee verlangt vom JNF für die arbeitsfähigen Flüchtlinge die energische Fortsetzung der Notstandsarbeiten.

Die Vereinigung der zionistischen Studenten in Paris veranstaltete kürzlich eine Soirée, deren Ertrag von 3000 Franken dem JNF für Notstandsarbeiten in Palästina überwiesen worden ist.

Das Nationalfonds-Bureau für Amerika hat kürzlich eine Kampagne für die Landspende unter der Losung „Land for the National Fund" eingeleitet. Auch die Nationalfonds-Kommission für England hat sich an die zionistischen und andere jüdische Vereine und Synagogen mit einem Aufrufe gewendet, die Landspende zu fördern.

Wiederum ist dem JNF eine ansehnliche Hinterlassenschaft zugefallen: Der am 23. Februar d. J. in Lausanne verstorbene Herr Aron Bregstein aus Warschau hat dem JNF ein Vermächtnis von 25 000 Rubel testiert. Hiervon sind 15 000 Rubel zur Anpflanzung und Pflege eines Waldes bestimmt, während die übrigen 10 000 Rubel für den Bau und Unterhalt von Arbeiterheimstätten und -Krankenstuben Verwendung finden sollen. — Leutnant Dr. Adolf Jacobsohn aus Lüneburg hat dem JNF ein Vermächtnis von 10 000 Mark hinterlassen, Herr B. Clingmann in Capetown den Betrag von 200 £.

Anläßlich der Wiederkehr von Herzls Todestag sind Neuauflagen der Schrift „Der Herzlwald" in mehreren Sprachen erschienen. Es wird erwartet, daß sich in diesem Jahre die Veranstaltungen und Sammlungen für den Herzlwald am 20. Tamus zu einer Manifestation der Treue für den Schöpfer der zionistischen Weltorganisation gestalten werden.

Einziehung der russischen Juden in England. Aus London kommen Nachrichten, daß nunmehr die englischen Behörden mit rüchksichtsloser Strenge mit der Einberufung der in England wohnenden russischen Juden beginnen. Bekanntlich hatte die englische Regierung seit langem die Ab-

sicht, doch war sie bisher infolge der Proteste der Juden in England sowie weiter liberaler Kreise und später auch nach der russischen Revolution durch die Einsprüche seitens der russischen Regierung an ihrer Einführung verhindert. Nunmehr, da England auf die russische Regierung keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht, hat sie die Einberufung der russischen Juden verfügt, obwohl sie völkerrechtlich keinerlei Recht dazu hat, da ja Rußland überhaupt aus dem Kriege ausgeschieden ist. In russischen jüdischen Kreisen in England herrscht darob eine heftige Erregung. Ein Teil der englischen Presse benutzt den Widerstand der jüdischen Kreise gegen die ungerechte Verfügung der englischen Regierung zu sehr heftigen und maßlosen antisemitischen Angriffen. Charakteristisch für die ganze Situation ist der Beschluß, den die jüngst stattgefundene Konferenz der englischen Poale Zion in Manchester zu dieser Frage angenommen hat. Er lautet: „Die 13. Konferenz der jüdischen Sozialisten-Arbeiterpartei Poale Zion in Groß-Britannien, die in Manchester abgehalten wurde, protestiert sehr scharf gegen die niedrigen Angriffe eines Teils der englischen Presse gegen die ausländischen Juden. Diese Hetze ist der Ausdruck eines sehr starken Antisemitismus, der sich unter der Ausrede verbirgt, er sei bloß anti-allien gegen die Fremden. Dieser Antisemitismus richtet sich gegen den hilflosen Teil der jüdischen Bevölkerung, denn dieser ist hilflos, weil er keine Presse in der englischen Sprache hat, in der sie ihre Meinung und Gefühle ausdrücken könnte." Die Resolution wendet sich schließlich an die englische Arbeiterorganisation mit der Aufforderung, sie sollte protestieren gegen die „niedrige und organisierte Hetze", die gegen die höheren Gefühle und Traditionen der englischen Nation verstoßen.

Jeschiwah der Agudas Jisroel in Zürich. Am 20. April wurde in Zürich durch den Oberrabbiner Dr. Lewenstein die Jeschiwah der Agudas Jisroel eröffnet. Er hob in seiner Rede hervor, daß diese seit Jahrzehnten das erste Institut dieser Art im Westen sei, denn in ihr werde nur den jüdischen Wissenschaften, vor allem dem Talmud und der Bibel, die ganze Zeit gewidmet. In dieser „Lehranstalt für Talmud und jüdisches Wissen" — wie das Institut geheißen wird — werden täglich 6½ Stunden die angeführten Gegenstände, dazu noch jüdische Geschichte, hebräische Sprache, Grammatik, die Mizwoth, En Jakob usw. gelehrt. Es ist ein besonderes Verdienst des Herrn Max Mannes, der sich namentlich der finanziellen Seite, und des Herrn Dr. M. W. Rapaport, der sich der ideellen Seite widmet, daß die Jeschiwah sich gut entwickelt und nach Ablauf eines Monats noch ein Vorbereitungskurs für solche Kinder eröffnet werden konnte, die später, in dem entsprechenden Alter, in die Jeschiwah einzutreten gedenken. Am 20. Mai wurde auch dieser Vorbereitungskurs eröffnet, und es war für alle frommen Juden eine Freude zu sehen, wie viele Kinder sich zum Lernen der Torah und des Talmuds drängen.

Die Judenpogrome in Rußland. Das Jüdische Preßbureau in Stockholm berichet: Die telegraphischen Nachrichten über zahlreiche Judenpogrome in Rußland, der Ukraine und Beßarabien werden von eben eingetroffenen Petersburger Blättern bestätigt. Der „Prawda" vom 13. April zufolge waren diese Pogrome am 11. April Gegenstand einer Beratung des zentralen Vollzugsausschusses der russischen Sowjets. An die Ausführungen der Referenten anknüpfend meint „Prawda", die Judenpogrome seien zu einem allgemeinen Auskunftsmittel der Reaktion nicht nur in Rußland, der Ukraine und Beßarabien, sondern auch in Polen und Österreich geworden. Im Artikel heißt es: „Die eine ganze Reihe von Städten heimsuchende Pogromseuche übertrifft in ihrer Bestialität alles, was 1905 geschehen ist". Der Referent im zentralen Vollzugsausschusse entwarf ein entsetzliches Bild der bestialischen Verbrechen, die an der wehrlosen jüdischen Bevölkerung begangen werden. In Gluchow wurde die ganze jüdische Bevölkerung ermordet, in Turkestan wurde die jüdische Bevölkerung massenhaft umgebracht, die rumänische Macht organisierte selbst Judenpogrome.

Zu den Krakauer Judenexzessen. Die Resolution des Polnischen Klubs hinsichtlich der Krakauer Exzesse lautet:

„Der Polenklub stellt mit Bedauern fest, daß die Krakauer Polizei durch ihre Passivität und Unfähigkeit es dazu gebracht hat, daß die antisemitischen Unruhen, welche zu Beginn von einer kleinen Schar von halbwüchsigen Jungen gemacht wurden, in der Folge bedrohliche Formen annahmen, so daß das Militär einschreiten mußte. Der Polenklub verurteilt die Versuche, die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen und wendet sich an die Bevölkerung und die Presse mit der eindringlichen Aufforderung, daß alles aufgeboten werde, damit in Zukunft derartige Fälle sich nicht wiederholen."

Diese Resolution ist eine klare Widerlegung der Darstellung der polnischen Bureaus, wonach die Ausschreitungen den Charakter einer Hungerrevolte und nicht eines Judenpogroms getragen hätten....

Protestkundgebung gegen die antisemitischen Vorgänge in Rumänien, Polen und Galizien. Am 5. Mai fand im Züricher Volkshaus eine große Protestversammlung statt, in der u. a. Dr. Jakob Klatzkin energischen Einspruch gegen die Vergewaltigung der Juden in Rumänien, Polen und Galizien erhob. Seine Rede gipfelte in einer Anklage gegen jene, die Greueltaten verhindern konnten und es nicht taten. Großen Beifall fanden seine logischen Ausführungen, bei denen er u. a. sagte:

„Am Anfang des Krieges erklärte ein Staatsmann: Wir müssen Krieg führen, weil wir unsere Garantiezeichnung einlösen müssen; wir können es nicht gestatten, daß unsere Unterschrift entehrt werde. Hat man eine solche stolze Sprache in Bezug auf die Einlösung der Unterschriften seitens der Garantiemächte des Berliner Vertrages mit seinem § 44 je gehört? Warum wurde und wird Rumänien gestattet, die gleichen Unterschriften öffentlich zu verhöhnen? Weil es sich ja nur um Juden handelt."

Markig waren auch seine Ausführungen über den Begriff der jüdischen Neutralität, die die objektivste ist, weil jedes Land die in ihm wohnenden Juden als seine Bürger, seine ordenbedeckten jüdischen Helden als seine Helden reklamiert, aber gerade deshalb trägt das jüdische Volk die historische Verantwortung für die Begriffe Recht und Gerechtigkeit, die zuerst von ihm geprägt und in großen Leiden immer wieder neu erlebt worden sind. „Das jüdische Volk als Träger und Hüter dieser Ideale kann nicht, darf nicht dem Unrecht unbeteiligt gegenüberstehen."

Judenfeindliche Proklamationen in Warschau. In letzter Zeit werden ab und zu judenfeindliche Hetzblätter und Proklamationen in Warschau von anonymer Seite verbreitet: zum Teil fordern sie zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung auf. Der jüdisch-nationale Ratsmann Noa Prilutzki brachte nun im Zusammenhang mit diesen Proklamationen im Stadtrat folgenden dringenden Antrag ein: „Am 30. April wurden in der Stadt an die Passanten Proklamationen verteilt, welche in durchsichtiger Form zu Gewalttaten gegen die Juden auffordern. Wir schlagen daher dem Stadtrat vor, folgenden Beschluß anzunehmen: Der Stadtrat bestätigt, daß die polnische Gesellschaft keine Verbindung mit den Aufrufen hat, die am 30. April in der Stadt verbreitet wurden und zu Gewalttaten gegen die Juden auffordern. Er betrachtet sie als die Handlung von Provokateurs, die außerhalb der polnischen Gesellschaft stehen. Der Stadtrat fordert alle Bürger auf, diese provokatorischen Handlungen zu bekämpfen, und die Schuldigen den Händen der Justiz zu überliefern.“ Der Antrag war von 21 Ratsmännern, darunter auch polnischen, unterschrieben. Nachdem die Dringlichkeit des Antrages einstimmig angenommen wurde, fand eine kurze Debatte statt. Schließlich wurde auf Vorschlag des polnischen Ratsmannes Libitzki der Antrag in folgender Form angenommen: „Der Stadtrat drückt seine Empörung aus über die Aufrufe, die in der Stadt verbreitet wurden und zu Gewalttaten gegen die Juden auffordern. Er betrachtet sie als Handlung von Provokateurs, die außerhalb der polnischen Gesellschaft stehen.“ Der Antrag wurde in dieser Formulierung einstimmig angenommen.

Noch einmal die Lazienki-Frage. Bekanntlich ist die berüchtigte Lazienki-Frage noch immer nicht in zufriedenstellender Weise geregelt. Die Aufschrift, die am Eingang des großen Lazienki-Parkes hängt, und die neben Zigeunern und Betrunkenen auch Juden in langen Kaftanen den Eintritt in den Park verbietet, ist noch nicht beseitigt. Von jüdischer Seite sind schon sehr häufig energische Versuche unternommen worden, um diese empörende Aufschrift zu beseitigen. Vor einem Jahre ungefähr hat sogar der Warschauer Stadtrat einen solchen Beschluß akzeptiert, doch hat der Magistrat ihm keine Folge geleistet, indem er wohl eine neue Aufschrift befestigte, worin nur Betrunkenen und Zigeunern der Eintritt verboten wurde, aber die alte Aufschrift gleichfalls hängen ließ. Die „Vereinigung zur Verbreitung der gesellschaftlichen Arbeit unter den Juden“ hat sich nun vor kurzem an den polnischen Ministerrat mit der Bitte gewandt, die alte Aufschrift zu beseitigen. Das Ministerium hat die Angelegenheit an den Regentschaftsrat weitergeleitet, weil der Lazienki-Park der polnischen Krone gehört, die der Regentschaftsrat gegenwärtig vertritt. Dieser Tage hat nun das Ministerium vom Zivilkabinet des Regentschaftsrates den Bescheid erhalten, daß Leute in nichteuropäischer Kleidung den Park nicht betreten dürften. Diese Antwort hat das Ministerium der „Vereinigung zur Verbreitung der gesellschaftlichen Arbeit unter den Juden“ übersandt.

Damit hat die höchste polnische Behörde, der Regentschaftsrat selbst, diese unerhörte Aufschrift bestätigt und sanktioniert. Es ist dies für die gegenwärtige Haltung der Polen zu den Juden außerordentlich bezeichnend. Während bisher die polnische Intelligenz selbst sich den Anschein gab, als ob sie die beleidigende und antisemitische Stimmung nicht gutheiße, diese vielmehr ein Produkt des russischen Zarismus sei, hat nunmehr die höchste polnische Instanz ihr die Sanktion erteilt. Man wird in Zukunft, wenn von polnischer Seite wieder jeglicher Antisemitismus in ihrer Politik den Juden gegenüber bestritten werden wird, auf den Bescheid des Regentschaftsrates verweisen dürfen als auf ein unzweideutiges Bekenntnis der wirklichen Gesinnung der polnischen Machthaber.

Die Wahlen zur jüdischen Gemeinde in Czenstochau. Die Wahlen, die Ende April stattgefunden haben, ergaben laut dem „Czenstochauer Tageblatt“ einen Sieg der Liste des Vereinigten Wahlkomitees (Zionisten, Nationalisten, Orthodoxe) und eine vollkommene Niederlage der Assimilanten.

Der Rabbiner von Brest-Litowsk in Warschau. Seitdem Brest-Litowsk von den Deutschen besetzt und die gesamte jüdische Bevölkerung auf russischen Befehl die Stadt verlassen mußte, war man in weiten jüdischen Kreisen über das Schicksal des Rabbiners von Brest-Litowsk, des berühmten Gaon Rabbi Chaim Soloweitschik, beunruhigt. Als Minsk von den Deutschen besetzt wurde, wurde bekannt, daß er sich dort aufhielt. Dieser Tage nun ist er mit seiner Familie nach Warschau übergesiedelt, wo ihm ein ehrenvoller Empfang seitens der weitesten Kreise der jüdischen Bevölkerung zuteil wurde. Bekanntlich zählt Rabbi Soloweitschik zu den bedeutendsten jüdischen Talmudisten und religiösen Autoritäten der Gegenwart.

Besuch des Mitgliedes des Zionistischen Aktionskomitees Dr. Alfred Klee.

In der vergangenen Woche weilte Herr Dr. Alfred Klee mehrere Tage in München und stellte sich in dankenswerter Weise in den Dienst der zionistischen Propaganda in unserer Stadt. Nach einem Vortrag in kleinerem Kreise sprach er in einer öffentlichen Versammlung am 28. Mai über das Thema „Der Zionismus und die Großmächte“.

Zunächst auf die Vorgeschichte dieser aktuellen Frage eingehend, hob der Redner hervor, daß das Deutsche Reich die erste Großmacht gewesen sei, die s. Z. durch den Mund des deutschen Kaisers dem Führer Theodor Herzl ihre Sympathie ausgedrückt habe. Dem Deutschen Reich folgte England (El Arisch, Uganda). Der Weltkrieg hat das ostjüdische Problem und zugleich das Palästinaproblem den Großmächten zur Lösung gestellt, und so kam es, daß der Zionismus, der in großzügiger Weise beide Probleme verquickt und zusammen zu lösen versucht, zum weltpolitischen Faktor wurde. Nach der Reihe haben dies die Großmächte während des Krieges anerkannt. Einleuchtend legte der Redner dar, wir aus der Gruppierung der Mächte sich auch deren verschiedene Stellung zum Zionismus ergab. Die Mittelmächte haben begreiflicher Weise vermöge ihres Bündnisses mit der Türkei größere Schwierigkeit, sich in Erklärungen und Taten für die Verwirklichung der jüdischen Besiedlung Palästinas einzusetzen als die Mächte der Entente. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten muß doppelt anerkannt werden, was bisher das Deutsche Reich, besonders durch Vermittlung seiner Konstantinopler Botschafter für die bestehende Kolonisation in Palästina geleistet hat — eine Unsumme von wertvollster Kleinarbeit, der wir unendlich

viel zu danken haben. Mit erfreulicher Bestimmtheit trat andererseits Dr. Klee der vielfach vertretenen Meinung entgegen, als sei die englische Sympathie für den Zionismus, insbesondere das genannte Schreiben Balfours an Rothschild ein Bluff oder „une blaque". England meint es sicher ehrlich, obgleich richtiger: gerade weil es sich von einem jüdischen Palästina Vorteile für seine einem politisch-wirtschaftlichen Ziele verspricht. Nur Sympathien, die auf Eigennutz beruhen, haben auf die Dauer Bestand und realpolitischen Wert und es ist ein Zeichen der weltpolitischen Bedeutung und der Stärke des jüdischen Volkes, daß man es sucht, daß man es braucht. Es wäre zu bedauern, wenn dies anders wäre. So ist der früher teils verfehmte, teils verspottete Zionismus im Weltkrieg in die glückliche Situation geraten, daß die Regierungen aller Staaten sich für sein Programm aussprechen. Die Situation ist glücklich, aber hat auch ihre Schwierigkeiten. Zwischen den Feinden stehend, hat die zionistische Organisation die Pflicht unbedingter Neutralität. Der einzelne Jude dient treu dem Staat, dem er angehört. Aber das jüdische Volk als solches darf sich für und gegen niemands Interesse einspannen lassen. „Niemand zu Leid, nur sich selbst zu Lieb." Und allen Juden erwächst in dieser Schicksalsstunde die Pflicht, sich entschieden einzusetzen für die Arbeit um die Wiedergeburt des jüdischen Volkes im jüdischen Lande. „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen". Nie war Herzls Wort wahrer als heute, nie eine zwingendere Forderung.

Die fesselnden Ausführungen des Redners wurden von der zahlreichen Hörerschaft mit großem Interesse aufgenommen. Eine Reihe von Anmeldungen zur zionistischen Ortsgruppe bewies, daß den Worten des Vortragenden Überzeugungskraft innewohnte.

Am 27. Mai sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Alfr. Klee in dem noch jungen Verein Ahavath Zion über die Beziehungen zwischen Ost- und Westjuden. In ungemein fesselnder Weise beleuchtete der Redner die Ursprünge der Wesensverschiedenheit zwischen der östlichen und der westlichen Gruppe des jüdischen Volkes, zeigte, daß trotz gewisser Unterschiede das Gemeinsame in beiden ausschlaggebend ist und wies eindringlich auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der inneren Einheit des Volkstums hin. Seine glänzenden Ausführungen wurden von dem — größtenteils ostjüdischen — Hörerkreis mit großem Beifall aufgenommen. Dieser Vortrag hat sicherlich dazu gedient, manches Vorurteil auf der östlichen wie auf der westlichen Seite zu zerstören und zur Einheitlichkeit der jüdischen Arbeit in München beizutragen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Herr Rabbinatssubstitut Dr. Leo Baerwald, München, wurde zum hessischen Landrabbiner in Cassel gewählt.

Frau Rechtsanwalt Dr. Gretchen Strauß, München, Goethestraße 43/I, wurde für Verdienste in der Heimat mit dem König-Ludwig-Kreuz ausgezeichnet.

Zum Leutnant wurde befördert Vizefeldwebel Ernst Marxsohn, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Militärverdienstkeuzes 3. Klasse mit Krone und Schwertern.

Das Hilfswerk für Palästina, Ortsausschuß München wird mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine Sammlung für die Notleidenden in Palästina veranstalten und will mit einer Bitte um Beiträge in jedes jüdische Haus kommen. Dazu sind noch eine Reihe freiwilliger Hilfskräfte notwendig, und an alle, die dieser wichtigen Arbeit einige Tage opfern können, ergeht die Bitte, sich zu melden: Redaktion des „Jüd. Echo", Herzog Maxstraße 4.

Palästina-Hilfsfond. Den Freunden und Bekannten wie den Vereinen sagen wir für die bewiesene große Teilnahme unseren herzlichen Dank. Frieda und Rosa Scherr. 5 Mk. — Familie Wilschinski u. Geschwister Scherr gratulieren Frl. Hedda Fleischmann und Mosche Königsberg herzlich zu ihrer Verlobung. 3 Mk.

Nationalfondsspenden. Goldenes Buch: Blau-Weiß München. Die 2. Gruppe des Münchner „Blau-Weiß" grüßt die kleine Asi Strauß 1 Mark. — Die zionistische Ortsgruppe München dankt Herrn Dr. A. Klee-Berlin für seinen ausgezeichneten Vortrag. 25 Mark. — Herzl-Wald: Dr. Jakob Schwab spendet dem Andenken seines gefallenen Sohnes 17 Bäume, 102.— Mk.; desgleichen die Zionistische Ortsgruppe München 3 Bäume, 18.—; Dr. Eli Straus 2 Bäume 12.—; Jakob Reich 10 Bäume 60.—; Fritz Feuchtwanger 2 Bäume 12.—; Summe 34 Bäume Mk. 204.—.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Wanderung: Sonntag, den 9. Juni 1918, Treffpunkt 7.15 Uhr Starnbergerbahnhof. Fahrt nach Fürstenfeldbruck—Grafrath—Flußschiffahrt nach Stegen—Herrsching. Die Führerschaft.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. 9. Juni. 1. Gruppe: Pasing—Krailling—Freiham. 7.25 Uhr Starnbergerbahnhof. 50 Pfg. 2. Gruppe: Forstenriederpark. 9.30 Uhr Bavaria. 5 Pfg. 3. Gruppe: Pasing—Bruck. 7.45 Uhr Starnbergerbahnhof. 90 Pfg. 4. Gruppe: Ins Blaue. 9.15 Uhr Starnbergerbahnhof. 55 Pfg. 1. Zug: Ampertal. 7.30 Uhr Bandstr. (Erlöserkirche). 5 Pfg. 2. Gruppe: Ins Blaue. Neuhausen (Endstation der Linie 1) 7.30 Uhr. 55 Pfg. 3. Zug: Ins Blaue. 1.30 Uhr Nymphenburg (Haltestelle der Linie 1). 5 Pfg. 4. Zug: Siehe Fahrt des 3. Zuges.

Detektive „Auskunftei"
München, Sendlingerstr. 13/II
TELEPHON 25879

Inh.: RICH. STURM

Auskünfte über Vermögen, Vorleben, Ruf usw., Beobachtung, Ermittelungen. Beste Erfolge in Herbeischaffung von Beweismaterial in Ehe- und Vaterschaftssachen. Diskr., streng reell u. zuverlässig.

Ankauf von
Brillanten
alte, auch zerbrochene
Gebisse
Brennstifte usw.
Platin
Schmucksachen, Tafelgeräte, Münzen, Ringe, Uhren, Borten usw. kauft reell zum Höchstpreis
Gold- und Silberschmelzerei
S. Baumgartner
Damenstiftstr. 11
Gegr. 1871. Telefon 54992.
Schätzungen kostenlos.

Graphologie
Charakterbeurteilung
aus der Handschrift
Einzusendendes Material: zwanglos geschriebenes Schriftstück, a. l. Brieffragment ca. 20 Zeilen.
Charakterskizze: 1 Mark
Charakterbild: 2 Mark
Rückporto beil.
L. Reimer, Graphologe
München, Martiusstraße 3/0 r.

Panorama International
Kaufingerstraße 31/I
Vom 9. VI. mit 15. VI.
Panorama I:
PARIS
auf vielseitiges Verlangen
Panorama II:
BAYERN
NEU NEU

Moderne
Küchen-Einrichtungen
in gediegener preiswerter Ausführung
Eduard Rau
Schüssel's Küchen- und Wirtschaft - Einrichtungs - Magazin
München
Kaufingerstr. 9 Passage Schüssel



Zoologischer Garten
(Tierpark Hellabrunn)
Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends ½9 Uhr.

In unseren großen
Spezial-Abteilungen
unterhalten wir stets eine reiche Auswahl preiswerter Gebrauchs- u. Luxusartikel zu vorteilhaftem Einkauf
Hermann Tietz
München

1918 Wochenkalender 5678	Juni	Siwan	Bemerkung
Sonntag	9	29	
Montag	10	30	
		Tammus	
Dienstag	11	1	
Mittwoch	12	2	
Donnerstag	13	3	
Freitag	14	4	
Samstag	15	5	

Max Weixlsdorfer Nachf.
München, Perusastrasse 4
Gegr. 1840 Tel. 22919
Stets das Neueste in
Modewaren
Damen-Putz



Wiener und eigene Modelle.



LÜSTER
in Eisen, Messing und Glas, elektrisch und Gas-Zuglampen mit Nachlaß zu verkaufen.
Reparaturen und Neuanfertigungen
werden nach Wunsch geliefert.

Possartstr. Nr. 14/I — **München** — Telephon 40757
Israel. Töchterpensionat
Frau Apotheker Rothschild Ww.

WILLY HERRMANN
Dentist
Goethestraße 4/II lks.
Sprechstunden für Zahnleidende:
9—12 und 2—6
Freitag und Sonntag geschlossen.

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.